Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 3

Artikel: Haben wir noch Möglichkeiten zur Zukunftsgestaltung? : Rede wider die politische Apathie

Autor: Stich, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340352

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rede wider die politische Apathie

Bundesrat Otto Stich vor der SP Emmental und Worb-Rüfenacht

«Haben wir noch Möglichkeiten, die Zukunft politisch zu gestalten?» – Vor zehn oder zwanzig Jahren wäre es keinem Politiker in den Sinn gekommen, diese Frage zum Thema einer öffentlichen Rede zu machen. Politik galt bis in die siebziger Jahre hinein schlechthin als Synonym für Zukunftsgestaltung, und zwar über alle parteipolitischen Grenzen hinweg. Befürworter und Gegner der herrschenden Zustände waren sich darin einig, dass dem Staat und seinen Institutionen sowohl für die Bewahrung wie für die Veränderung der Gesellschaft ein zentraler Stellenwert zukam.

Zwar war damals auch hierzulande die politische Landschaft in Bewegung geraten – denken wir nur an die Überfremdungsfrage oder an den Aufbruch der 68er Jugend. Doch zweifelte niemand daran, dass die entscheidenden Wegmarken für die gesellschaftliche Entwicklung durch die Politik gesetzt oder doch wenigstens politisch beeinflusst werden konnten. Ja, die Politik erlebte – ähnlich wie die Wirtschaft – geradezu eine Hochkonjunktur. Und dies nicht nur bei den konservativen und progressiven Aussenseitern, die Initiativen lancierten, neue Parteien gründeten oder sich entschlossen, den langen Marsch durch die bestehenden Institutionen anzutreten.

Auch auf seiten der etablierten Parteien und Organisationen machte sich ein politischer Aufbruch bemerkbar: mit grossem Elan wagte man sich an die Lösung von Grundsatzproblemen wie Frauenstimmrecht, europäische Wirtschaftsintegration, Ausbau der Sozialversicherung zum Dreisäulensystem, Umweltschutzartikel usw. Das Wachstumsdenken und die Erfolge der Wirtschaft hatten nicht nur einen raschen sozialen Wandel ausgelöst, sondern zeitigten ihre Auswirkungen auch im politischen Bereich: *Man war bestrebt, über den Ausbau des modernen Sozial- und Dienstleistungsstaates einerseits die Folgeprobeleme der wirtschaftlichen Expansion in den Griff zu kriegen und andererseits die Voraussetzungen für den weiteren Aufschwung sicherzustellen.* Zu diesem Zweck verschrieb man sich den Instrumenten der Planung und der politischen Reformen. Ich erinnere daran, dass damals nicht nur die grossen Gesamtkonzeptionen, z.B. in den Bereichen Energie und Verkehr, an die Hand genommen wurden. Auch die Verwaltungsreform, die Regierungsrichtlinien und der Anlauf zur Totalrevision der Bundesverfassung zeugen vom optimistischen Zukunftsglauben, der trotz aller bereits damals vorhandenen Kritik in der schweizerischen Politik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre zutieftst verankert war.

Sorgen mit der Resignation

Das ist heute leider nicht mehr so. Im politischen System der Schweiz wächst eher eine andere Grundstimmung: die Resignation. Regierung und Verwaltung, Parlament und Parteien stehen nicht eben hoch im Kurs. Man kritisiert nicht nur ihre mangelnden Leistungen, sondern – was schwerer wiegt – man traut ihnen eine politische Lösung der gesellschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsprobleme kaum mehr zu. Ein gewisses Unbehagen im Staat, einst von Max Imboden als helvetisches Malaise diagnostiziert, wird zum Dauersymptom Viele Bürgerinnen und Bürger sehen sich selbst immer weniger als bewegenden und gestaltenden Faktor im politischen Prozess. Sie verlieren ihr Interesse am institutionellen Geschehen, verweigern ein Engagement im Rahmen traditioneller Mitwirkungsformen und stehlen sich aus der politischen Verantwortung mit dem diffusen Vorwurf, «die da oben» täten ohnehin nur, was ihnen gerade passe.

Ich muss gestehen, dass mir diese resignativen Tendenzen vor allem auch deshalb grosse Sorgen bereiten, weil sie gerade in der *jungen Generation* stark verbreitet sind. Vor wenigen Wochen hat die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen einen neuen Bericht zur Lage der Jugendlichen in der Schweiz veröffentlicht. *«Politik ist da, wo man nichts machen kann»*, gibt in diesem Bericht ein Jugendlicher zu Protokoll. Diese resignierte Einschätzung scheint für eine ganze Generation symptomatisch zu sein. Die Jugendkommission hat in vielen Tiefeninterviews hinter die ruhiger gewordene, ja geradezu angepasste Fassade der jungen Generation von heute zu blicken versucht.

Ihre Befunde müssten auch jene aufhorchen lassen, die vor-

schnell glauben möchten, mit dem Abflauen der aggressiven Jugendproteste seien nun auch die politischen Probleme vom Tisch. Zwar ist die offene Kritik etwas abgeklungen, und im Zeichen von Rezessionsangst und drohender Jugendarbeitslosigkeit entwickelt die junge Generation eine Überlebensstrategie, in der sogar die Leistung in der Schule und am Arbeitsplatz wieder einen gebührenden Stellenwert erhält.

Doch diese Anpassung an die Werte der Konsumgesellschaft und an die Leistungsnormen der Erwachsenen ist oberflächlicher Natur. Sie signalisiert einen radikalen Rückzug ins Private, einen Verlust an ideellen Perspektiven und sinnstiftenden Visionen; sie markiert also eine Wende, die man nun wahrlich nicht als neuen Optimismus bezeichnen darf.

Am meisten betroffen von diesem Rückzug aus der gesellschaftlichen Verantwortung sind die traditionellen politischen Institutionen. Es fehlt der Glaube an die politische Solidarität und damit auch der Wille, aktiv auf das staatliche Geschehen Einfluss zu nehmen. Es fehlt die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren.

Diese Analyse der Eidgenössischen Jugendkommission muss uns Politikern eine Warnung sein, die wir nicht in den Wind schlagen dürfen. Aber: Die Tendenz zur politischen Resignation beschränkt sich nicht nur auf die Jugend; sie breitet sich zusehends auch in der Welt der Erwachsenen aus. Nehmen wir nur die wachsende Abstinenz bei Urnengängen als Beispiel. In Abwandlung eines bekannten Spray-Spruches, der zur Zeit der Jugendkrawalle manche Betonwand zierte, könnte man die berechtigte Angst jedes aufrechten Demokraten etwas überspitzt so formulieren: «Stell Dir vor, es gibt Wahlen oder Abstimmungen, und niemand geht hin!»

Für diese wachsende Staatsverdrossenheit, für diesen auffallenden Rückzug ins Private tragen auch die etablierten politischen Kräfte ihren Teil an Verantwortung. Einerseits ist es ihnen nicht gelungen, den Vertrauensschwund breiter Bevölkerungskreise in die Problemlösungskapazität des Staates aufzuhalten. Denn die Mühlen der direkten Demokratie mahlen langsam; sie ist die Staatsform der Geduld. Und dass gewisse Unregelmässigkeiten in der Staatsführung den politischen Unmut zusätzlich schüren, brauche ich im Kanton Bern wohl nicht extra zu betonen.

Anderseits hat die Abkehr vom Staat, also der Rückzug aus politisch geregelten Bereichen ins Private, auch in die Programme und Parolen selbst von sogenannt staatstragenden Parteien Einzug gehalten. Ich denke da nicht bloss an den freisinnigen Slogan «weniger Staat, mehr Freiheit», sondern zum Beispiel auch an die Selbstverwaltungsdebatte innerhalb meiner eigenen Partei.

Der Wandel bisheriger Werte

Eine wichtige Ursache für die pessimistischen Strömungen in der Politik ist sicher die wirtschaftliche Entwicklung. Rezession und Trendbruch der siebziger Jahre haben den alten, bewährten Konsens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Frage gestellt. Vollbeschäftigung und sozialstaatlicher Ausbau in der Nachkriegszeit basierten auf dem Wirtschaftswachstum, das den Arbeitsfrieden und die Parteikonkordanz wesentlich erleichterte. So konnte eine politische Kultur gedeihen, die vor allem auf dem Aushandeln von Kompromissen basierte, in der zumindest die organisierten Interessen mehr oder weniger auf ihre Rechnung kamen.

Das ist seit 1974 nicht mehr im gleichen Masse der Fall, und die politische Polarisierung scheint mir eine logische Folge dieser neuen Situation zu sein. Trotz erneutem Wirtschaftsaufschwung in den letzten Jahren ist die Lage aufs Ganze gesehen doch unsicher geblieben, man denke nur an die internationale Verschuldung, an die Gefahr des Protektionismus und an die Währungsschwankungen, die weiterhin wie Damoklesschwerter über unserem international eng verflochtenen und in hohem Masse exportabhängigen Land schweben.

Gerade dieser *internationale Konkurrenzdruck* hat technologische Neuerungen und Rationalisierungsinvestitionen notwendig werden lassen, wobei diese Umstrukturierungen noch keineswegs abgeschlossen sind. Und hier scheint mir nun der entscheidende Unterschied zur Situation der fünfziger und sechziger Jahre zu liegen: *Investitionen und Wachstum heissen nicht mehr automatisch Vollbeschäftigung,* da das Arbeitsvolumen gleichzeitig stagnieren oder gar tendenziell abnehmen kann. Wenn Roboter und Computer den Menschen ersetzen, erzeugt das Spannungen auf dem Arbeitsmarkt mit den bekannten sozialen Folgen. Eine Schrumpfung der gesamten Lohnsumme könnte letztlich auch die Finanzierung unseres Sozialstaates in Frage stellen. Also eine doppelte Unsicherheit, die den alten Konsens zwischen den Sozialpartnern so bald nicht wieder stabilisieren wird. Dass in diesem teils latenten, teils offenen Konflikt die Funktion des Staates vorerst umstritten bleibt, ist verständlich. Die Politik wird auch für die Zukunft zum harten Kampf der Interessen gestempelt, der dem Harmoniebedürfnis gesät-

tigter Bürger kaum gerecht werden kann.

Diese neu aufgebrochene Links-Rechts-Polarisierung strukturiert aber nicht allein das Feld der politischen Auseinandersetzungen. Sie wird überlagert durch neuartige Probleme und Konfliktlinien, die quer zu den sozialpartnerschaftlichen und parteipolitischen Gruppierungen verlaufen. *Ich denke da an den Wertewandel, der sich als Folge des raschen Wirtschaftswachstums und des tiefgreifenden sozialen Wandels eingestellt hat und neue Themen in den Vordergrund rückt.* Kernprobleme bilden dabei berechtigte Sorgen bezüglich Lebensqualität, Umwelt und Mitmenschlichkeit bis hin zum waffenklirrenden Patt der Weltmächte. Neue Betroffenheiten abseits des Arbeitsplatzes werden politisch relevant und beginnen sich in neuen Formen zu organisieren, was auch neuartige Demokratieprobleme aufwerfen kann, wie zum Beispiel den Regionalismus oder die Gleichberechtigung der Geschlechter. Das politische System ist aber noch stark an den alten Konfliktlinien orientiert, und weil die neuen Probleme nur mühsam thematisiert und gelöst werden können, stellt sich – gerade auch bei der jungen Generation – oft eine verständliche Verdrossenheit gegenüber diesem träge erscheinenden Staatswesen ein.

Einzelforderungen und Gesamtpolitik

Die vielen auf den Staat einwirkenden Interessen sowie die alten und neuen Ansprüche und Forderungen haben zu einer *Überlastung der politischen Entscheidungsprozesse und – nicht zuletzt – zu einer auch finanziellen Überforderung der staatlichen Ressourcen geführt.* Schwierig zu bewältigen ist dabei nicht einmal nur die Menge der Aufgaben, sondern ihre *Komplexität* und die *Dynamik ihrer gegenseitigen Verflechtung.* Jeder fachspezifischen Politik stellen sich Sachzwänge aus anderen Politikbereichen in den Weg, ganz abgesehen von der Einbindung in internationale Zusammenhänge und Verträge oder von der notwendigen Rücksichtnahme auf die Interessen nachgeordneter Ebenen des Gemeinwesens. Nehmen wir nur die Verkehrspolitik als eine Illustration für solch komplexe Zusammenhänge: Die internationalen Schwierigkeiten haben wir bei der Autobahnvignette und bei der Schwerverkehrsabgabe kennengelernt. Wenn wir eine konsequente Verkehrspolitik betreiben und den Durchgangsverkehr vor allem auf die Schiene bringen möchten, riskieren wir Konflikte, wir müssen Verträge brechen und Retorsionsmassnahmen in Kauf nehmen.

Die regionalen und lokalen Widerstände gegen den Strassenbau oder nur schon gegen die Fertigstellung geplanter Autobahnen sind bekannt. Eine Verlagerung des privaten auf den öffentlichen Verkehr, was aus Umweltschutzgründen dringend nötig ist, kostet Geld. Diese finanziellen Mittel könnten nur gegen den äussersten Widerstand der Strassenverkehrsverbände aus den Treibstoffzolleinnahmen abgezweigt werden. Deshalb werden wohl weiterhin die bereits defizitären Bahnen und letztlich der Steuerzahler belastet werden. Der private Agglomerationsverkehr verpestet die Städte, er fördert auch die Zersiedelung. Preisgünstiger Wohnungsbau wird verlangt, aber auch der Kulturlandverlust und die Verbetonierung wird beklagt. Die Einschränkung der Mobilität als rigoroseste Massnahme widerspricht unseren Freiheitsidealen und schadet der Wirtschaft. Wenn Sie all diese hier nur gestreiften Zusammenhänge, Sachzwänge und Blockierungsmöglichkeiten bedenken, werden Sie verstehen, dass speditive und allseits akzeptierte Entscheidungen heute kaum möglich sind.

Gerade die Komplexität und die dynamische Verflechtung der Aufgaben hat uns in den letzten Jahren um einige Illusionen der Planbarkeit und widerspruchsfreien Lösbarkeit politischer Probleme ärmer werden lassen. Ich habe die grossen Gesamtkonzeptionen erwähnt, mit denen man zu Beginn der siebziger Jahre wichtige gesellschaftliche Entwicklungen in den Griff zu bekommen hoffte. Vielleicht sind wir Schweizer zu perfektionistisch. Jedenfalls hat uns die Entwicklung in vielen Bereichen längst überrollt, ehe wir die Planungen und Konzeptionen in juristisch greifende Massnahmen und Reglemente umsetzen konnten. Denken wir nur an die neue Mediensituation, an den Datenschutz oder an die Konkretisierung der Umweltpolitik. So wichtig diese Bereiche auch sind – uns darf der Blick fürs Ganze und für die politischen Zusammenhänge nie verloren gehen. Diese Gefahr besteht da, wo radikale Gruppen ein Detailproblem in den Vordergrund stellen. Das ist zwar ihr gutes Recht. Aber Behörden und Regierungsparteien haben die Pflicht, den Stellenwert dieser Einzelforderungen auszuloten und sie in eine Gesamtpolitik einzuordnen.

Ich habe unseren Perfektionismus bezüglich juristischer Reglementierungen erwähnt und muss dazu noch eine kritische Bemerkung machen. Wir sind stolz auf unseren Rechtsstaat und halten das Legalitätsprinzip in hohen Ehren; das musste vor kurzem auch die Berner Regierung zur Kenntnis nehmen. Aber man muss sich doch fra-

gen, wie weit und wie detailliert wir es mit Gesetzen, Verordnungen und Reglementen treiben wollen in einer raschlebigen Zeit, die auch vom Staat flexibles und rasches Handeln verlangt. Das Sozialversicherungsrecht oder das Landwirtschaftsrecht zum Beispiel sind heute so komplex geworden, dass selbst die Spezialisten kaum mehr den Überblick behalten können. Und wenn es an gewissen Orten bis zu einem Jahr dauert, ehe ein Unternehmen für ein an sich unbestrittenes und arbeitsplatzrelevantes Bauvorhaben die Bewilligung erhält, so muss man sich über die Effizienz des öffentlichen Sektors in der Tat Gedanken machen. Zur Vollzugskrise im Asylantenbereich erspare ich mir einen Kommentar. Ich glaube, dass wir aus diesem Widerspruch zwischen bürokratischem Legalitätsstreben einerseits und den berechtigten Forderungen nach Effizienz und Flexibilität anderseits nur dann herausfinden, wenn wir bereit sind, den Behörden einen grösseren Entscheidungsspielraum einzuräumen. Allerdings müssten dann die Möglichkeiten, sie für ihre Entscheidungen juristisch oder politisch zur Verantwortung zu ziehen, gegenüber der heutigen Situation stärker ausgebaut werden.

Grosse Entwürfe genügen nicht

Damit bin ich bereits bei den *politischen Schlussfolgerungen* angelangt, die sich aus meiner Analyse der Staatsverdrossenheit aufzudrängen scheinen. Ich glaube, dass es für unsere Probleme keine Patentrezepte gibt. Wir leben in einer Umbruchphase, in der niemand für sich in Anspruch nehmen kann, die alleinige Wahrheit gepachtet zu haben. Das schon gar nicht, wenn diese vermeintliche Wahrheit in Form einer simplifizierenden Ideologie daherkommt, heisst sie nun «weniger Staat» oder «raus mit den Tamilen». Selbst wenn wir uns von grossen Visionen leiten lassen, so sind wir bei der Konkretisierung doch nur Suchende, und wir tasten uns angesichts der Komplexität und Unübersichtlichkeit gesellschaftlicher Entwicklungen nur mühsam voran. Vielleicht liegt ein Grund für die politische Apathie breiter Kreise gerade darin, dass viele Politiker zu oft von grossen Entwürfen sprechen, aber dass wir eigentlich schon recht froh sein können, wenn wir die kleinen Schritte, zu denen wir fähig sind, wenigstens in die richtige Richtung tun. Man muss das vor allem auch den jungen Menschen sagen, dass sie den Mut zur Politik nicht verlieren dürfen, wenn ihre Utopien nicht oder nicht sofort realisierbar sind. Die Hoffnung auf vernünftige Lösungen darf man aber auch als Realist nie aufgeben. Und solche Lösungen für die Zukunftsgestaltung zeichnen sich bereits heute ab.

Spaltung der Gesellschaft verhindern

Ich beginne bei der *Wirtschaft*. Ich glaube nicht, dass wir den Technologie- und Rationalisierungsschub aufhalten können, ohne die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz und damit unseren Wohlstand zu verlieren. Zumindest in den exportabhängigen Bereichen können wir uns dem internationalen Wettbewerb nicht verschliessen; wir sind auf ausländische Rohstoffe angewiesen und haben einen zu kleinen Markt für Autarkieexperimente. Das will nicht heissen, dass wir unsere binnenwirtschaftlichen Bemühungen vernachlässigen sollen. Gerade beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder bei energiesparenden Baumassnahmen tun sich Möglichkeiten auf, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einer Verminderung der Auslandabhängigkeit zu verknüpfen. Unser wichtigster Konkurrenzvorteil muss die hochqualifizierte und motivierte Arbeitskraft bleiben, und das heisst grosszügige Investitionen im Bildungsbereich auf allen Stufen, heisst aber auch faire Sozialpartnerbeziehungen und soziale Sicherheit für alle. *Deshalb muss das vorhandene Arbeitsvolumen auf alle Arbeitswilligen verteilt werden.* Und wenn die Lohnsumme stagniert oder zurückgeht, die Rentnerzahlen aber steigen, braucht der Sozialstaat neue Finanzierungsquellen, zum Beispiel eine Abgabe auf der Wertschöpfung statt nur Lohnprozente. In dieser Richtung stelle ich mir einen neuen, tragfähigen Konsens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor, der nicht zur Folge haben wird, dass ein Teil vor allem unserer jungen Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft verdrängt wird. Insgesamt dürften so die gesellschaftlichen Kosten kleiner sein, als wenn man eine verheerende Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose zulässt.

Ökologisch-ökonomischer Konsens

Was die *neuen Betroffenheiten,* insbesondere die Umweltproblematik, angeht, so brauchen wir einen neuen Konsens von Ökonomie und Ökologie. Mir scheint, dass sich hier bereits etwas anbahnt, wenn wir zum Beispiel die erfolgreichen Bemühungen nicht zuletzt auch der Regierungsparteien in den letzten anderthalb Jahren betrachten. Ich weiss, wir liegen hier in einem Wettlauf mit der Zeit, aber wir dürfen dennoch stolz sein, dass wir mit Abgasverordnung und Luftreinhaltekonzept an der Spitze der europäischen Regelungen stehen. In bezug auf den öffentlichen Verkehr bin ich optimistisch und

glaube, dass bereits in diesem Jahr die richtigen Weichen gestellt werden können. Hinsichtlich der Umwelt, das kommt nun immer mehr ins allgemeine Bewusstsein, sitzen wir wirklich alle im gleichen Boot, und wir wissen, dass es schon beinahe kentert. Deshalb halte ich die Chancen für einen zukunftsweisenden Konsens in diesem Bereich für gross. *Das Verursacherprinzip muss aber noch mehr zur Anwendung kommen,* wenn die notwendigen Verhaltensänderungen erreicht werden sollen. Bei den meisten Menschen reicht das Bewusstsein allein noch nicht; sie brauchen einen Anreiz, um sich richtig zu verhalten. Nur dann können wir hoffen, dass die natürlichen Grundlagen für unseren Reichtum und für unsere Lebensqualität erhalten bleiben.

Die Effizienz ist ein äusserst brauchbares Konzept, wenn man sie als das Verhältnis zwischen den Werten, die in einen Prozess einfliessen, und dem Ergebnis des Prozesses versteht. Aber man darf nicht in den Fehler verfallen, dass man nur die Werte berücksichtigt, die sich in Franken und Rappen messen lassen. Zum Regierungs- und Verwaltungsprozess gehören eben auch soziale Gerechtigkeit, regionaler Ausgleich, Durchschaubarkeit, Motivation und Zufriedenheit der Leistungsempfänger, gehört auch die Solidarität der Mitbürgerinnen und Mitbürger im Staat und zum Staat, dessen Aktivitäten sie in der direkten Demokratie und über Wahlen zu einem wesentlichen Teil mitbestimmen. In unserem regional, sprachlich und kulturell differenzierten, föderalistisch aufgebauten und mit Spielregeln der direkten Demokratie versehenen Land brauchen wir breit abgestützte Mehrheiten, um Neuerungen erwirken zu können. Die dazu nötige Politik der Kompromisse haben wir in der Schönwetterperiode des Wirtschaftswachstums recht ordentlich gelernt. Es geht jetzt darum, dass wir die Spielregeln in einer schwierigen Phase der Unsicherheit, des Umbruchs und der ökologischen Bedrohung neu zum Tragen bringen und nach vernünftigen Möglichkeiten suchen, in den anstehenden Fragen einen zukunftsweisenden Konsens zu erarbeiten. Das wird nur gelingen, wenn wir die politische Apathie – vor allem auch bei der jungen Generation – überwinden können.

Zur Komplexität der Probleme trägt heute sicher auch die *internationale Verflechtung* ihren Teil bei. Schon aus wirtschaftlichen Gründen können wir diese Entwicklung kaum rückgängig machen. Es hat keinen Sinn, sich dieser Tatsache zu verschliessen und den Kopf im Sande zu vergraben. Unabhängig als Ziel des Staates nach Art. 2 Bundesverfassung kann heute nur noch heissen, dass wir die real existierende Interdependenz zur Kenntnis nehmen und möglichst aktiv mitzugestalten versuchen.

Dass die Schweiz keine Insel ist, zeigt sich nicht nur bei der Wirtschaft. Die grossen, weltumspannenden Probleme wie der Hunger, die Entwicklungsunterschiede, die Verschuldung, die Konflikte, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnten – alle diese Probleme gehen auch uns Schweizerinnen und Schweizer etwas an. Und wir sollten auf pragmatische Art abwägen, in welcher Weise wir am besten zur Lösung dieser Probleme beitragen können. Ich befürworte den Beitritt zur UNO ohne jede Einschränkung. Man kann zwar diese Weltorganisation als Schwatzbude diskreditieren, aber es scheint mir immer noch besser zu sein, wenn in der Welt geredet anstatt geschossen wird. Und vor allem: es gibt keine Alternative zur UNO.

Es steht uns nicht an, Kritik an der UNO zu üben, solange wir nicht selber mitmachen. Die UNO ist wie alle menschlichen Erscheinungen nicht perfekt, aber sie erlaubt es, die verschiedenen Interessen und Standpunkte im Gespräch zu vertreten. Auch wir würden in diesem Gremium überaus wertvolle Möglichkeiten gewinnen, unsere Ansichten vor versammelter Welt darzutun, zu erklären, was uns Neutralität, Frieden und Unabhängigkeit bedeuten. Und die Sorge, dass unsere Neutralität durch einen Beitritt Schaden nehmen könnte, ist nicht gerechtfertigt. Ganz im Gegenteil; wenn wir uns nicht abseits stellen aus falscher Überheblichkeit, haben wir eine Chance, den Werten, für die wir uns einsetzen, auch international Anerkennung zu verschaffen.

Abschliessend möchte ich nochmals betonen, dass wir in dieser Umbruchphase von eindimensionalen politischen Patentrezepten nicht zu viel halten dürfen. Was wir brauchen, ist die Bereitschaft, über festgefahrene politische Positionen hinweg aufeinander zuzugehen. *Nur wenn das Gespräch zwischen den Nationen, zwischen den Generationen, den Regionen und Schichten des Volkes, aber auch zwischen Politikern und der Bevölkerung nicht abreisst, haben wir in der Demokratie eine reelle Chance, die Zukunft vernünftig und human zu gestalten.* Die politische Zukunftsgestaltung ist heute zwar ein viel komplexeres und langwierigeres Geschäft, als wir das vor wenigen Jahren selbst noch glauben mochten. Aber sie ist ein notwendiges Geschäft geblieben, wenn wir zur Richtung, in der die Entwicklung laufen soll, wichtige Wegmarken setzen wollen.